

Interviewpartner*innen gesucht, zwei Anfragen

Ein öffentlich-rechtlicher Sender sucht DaF/DaZ-Lehrkräfte, die nicht krankenversichert oder nicht rentenversichert sind, die vor Gericht um Urlaubsentgelt, Entfristung, Festanstellung kämpfen o.ä. Mehr dazu: <https://www.dafdaz-lehrkraefte.de/2020/02/04/daf-daz-lehrkr%C3%A4fte-f%C3%BCr-einen-medienbeitrag-gesucht/>

Eine Kollegin sucht für ihre Abschlussarbeit DaZ-Lehrer*innen, die mit Flüchtlingen arbeiten. Interviews können persönlich oder über digitale Medien erfolgen. Sie benötigt circa 10 Interviewpartner*innen: Ein Teil soll die BAMF-Weiterbildung zur Trauma besucht haben, und ein Teil nicht. Bitte, meldet euch bei Ivana Benyamin (benyamin@gmx.eu)"

Spendenaufruf

Das Sprecherteam vom Bündnis daF-daz-Lehrkräfte bittet die lokalen Lokalgruppen, Spenden zu sammeln und Hedwig Schulte anzuschreiben (sprecherteam@dafdaz-lehrkraefte.de), um die Bankverbindung zu bekommen. Ein herzliches Dankeschön dafür.

Hier sind einige Ausgaben, wofür das Bündnis daF-daz-Lehrkräfte immer wieder Geld braucht: Bahntickets zu politischen Gesprächen in Berlin, in Nürnberg und anderswo; Teil-Ersatz für Honorarausfall bei Terminen zu politischen Gesprächen; Erstellung und laufende Kosten der Bündnis-Webseite inkl. Kauf von Fotorechten; Flyer und Visitenkarten des Bündnisses; Raummieten für Bündniskonferenzen.

Hamburg: Die GEW fordert 58 € für die Honorarlehrkräfte in der Sprachausbildung

Zur GEW-Veranstaltung "[Bündnis für gute Weiterbildung](#)" am 3.2.2020 in Hamburg wurden Bundespolitiker*innen eingeladen. Anwesend waren Petra Densborn (BBB, Vorstandsmitglied des Bundesverband der Träger beruflicher Bildung e.V.), Ansgar Klinger (OB Berufliche Bildung und Weiterbildung, GEW Hauptvorstand), Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (MdB, Bündnis 90 / DIE GRÜNEN), Sabine Zimmermann (MdB, DIE LINKE), Dirk Mescher (Geschäftsführer GEW Hamburg), Detlef Zunker (Hamburger GEW Fachgruppe Erwachsenenbildung), Dr. Claudia Liehr-Molwitz (Sprecherteam Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte) sowie zahlreiche weitere DaZ-Lehrkräfte und Dozent*innen aus der Weiterbildung.

Siehe: <https://www.dafdaz-lehrkraefte.de/2020/02/06/die-gew-fordert-58-für-lehrkräfte-in-integrationskursen/>

In seinem Beitrag forderte Ansgar Klinger ein Bundesrahmengesetz für Weiterbildung mit verbindlichen Regeln. Dabei sollen die Bundesländer ihren Weiterbildungshaushalt auf mindestens 1% ihres Bildungshaushaltes erhöhen. Die GEW fordert Dauerstellen für Daueraufgaben und eine Verstärkung der Professionalisierung der Beschäftigten. Die Sprachkurse sollten in Länderverantwortung übergehen und vergleichbar dem Schuldienst organisiert werden. 25 Unterrichtseinheiten müssten einer Vollzeitstelle entsprechen. Für die Beschäftigten in den Sprach- und Integrationskursen sollten die Honorare bei 58 Euro pro Unterrichtseinheit liegen und die festangestellten sollten je nach Qualifikation mindestens TV ÖD 11 verdienen.

Positive Entwicklungen an den Berliner VHS

Die Vollversammlung der Berliner VHS-Dozent*innen vom 2.11. 2019 hat über ihre Strategie für die letzten zwei Jahre der rot-rot-grünen Landesregierung debattiert. Im Berliner Regierungsprogramm 2017 waren Verbesserungen für die VHS-Dozent*innen vorgesehen, so eine bessere Bezahlung, 20% Festanstellung und einen Tarifvertrag. Die Honorarerhöhung wurde umgesetzt und seit August 2019 bekommen alle Dozent*innen, deren Tätigkeit laut VHS-Honorarordnung einen Hochschulabschluss erfordert, z.B. Deutsch- und Fremdsprachendozent*innen, 35 € pro Unterrichtseinheit. Zudem erhalten die arbeitnehmerähnlichen Kolleg*innen bereits seit Jahren Zuschläge für die Sozialversicherungen sowie ein Urlaubsentgelt, das sind insgesamt 44 €. Siehe: https://www.vhs-tarifvertrag.de/wordpress/?page_id=355

Aber die beiden weiteren Ziele im Koalitionsvertrag sind noch nicht umgesetzt worden: Es geht um die 20% Festanstellungen und um eine tarifvertragliche Regelung für arbeitnehmerähnliche Beschäftigte. Bis jetzt will der Berliner Senat keine Tarifverhandlungen aufnehmen, weil die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (Arbeitgeberverband) einen Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche VHS-Dozent*innen ablehne. Andere Arbeitnehmerähnliche, nämlich die festen Freien bei den öffentlichen Sendern, haben.

Bei der Vollversammlung im November 2019 fand eine ausführliche Diskussion darüber statt, ob die Vertretung feste Stellen für 20% der arbeitnehmerähnlichen Lehrkräfte fordern oder lieber die Strategie fortsetzen sollte, einen Tarifvertrag mit Verbesserungen in der sozialen Absicherung für alle Arbeitnehmerähnlichen anzustreben. Fast einstimmig wurde die zweite Lösung gewählt mit der Begründung, dass feste Stellen für 20% der arbeitnehmerähnlichen Lehrkräfte zu einer "zwei Klassengesellschaft" führen würden. Als negative Beispiele gelten das Goethe-Institut und die Sprachenzentren.

Im Tarifvertrag sollen Bestimmungen enthalten sein, die die Kluft zwischen Honorarlehrkräften und Angestellten verkleinert. Dazu gehören u.a.: (a) Die Bezahlung der Lehrkräfte an den Volkshochschulen wie angestellte Lehrkräfte (60 € pro Unterrichtseinheit). Zwischenziel in dieser Legislaturperiode sind 40 € pro Unterrichtseinheit. (b) Entkopplung von Honorarerhöhung und Entgelterhöhung für Kursteilnehmende. Verbesserungen für VHS-Dozent*innen müssen aus dem Landeshaushalt finanziert werden. (c) Dauerhafter Erhalt des erreichten Arbeitsvolumens für arbeitnehmerähnliche Dozent*innen oder, falls nicht möglich, Ausgleichszahlungen. (d) Eine bessere Absicherung bei Krankheit. Zahlung von 100% des Honorarausfalls ab dem ersten Krankheitstag, und nicht 80% ab dem 4. Arbeitstag, wie jetzt. (e) Die Übernahme der gesetzlichen Bestimmungen bei Mutterschutz, Elternzeit, Schwerbehinderung und Pflegezeiten wie bei festangestellten Lehrkräften.

Die Berliner Vertretung der VHS-Dozent*innen bemüht sich weiter, diese Strategie umzusetzen, und engagiert sich dafür in Gesprächen mit Berliner Politiker*innen. Um ein Veto von Seite der Tarifgemeinschaft der Länder zu vermeiden, wird auch in Berlin zunächst eine Rahmenvereinbarung angestrebt. In Bremen¹ wurde vom Senator für Kultur, der Bremer Volkshochschule, der Gewerkschaft GEW sowie der Bremer VHS-Kursleiterrat eine Rahmenvereinbarung ausgehandelt und im Januar 2019 unterschrieben.

¹<https://sprachlehrbeauftragte.wordpress.com/2019/04/09/rahmenvereinbarung-fuer-vhs-dozentinnen-in-bremen/>